EUROPA 19.03.2026 | Kristina Birke Daniels

Der goldene Legostein

Vom Umfragetief zur Offensive: Wie Frederiksen in Dänemark mit Linkskurs und Krisenpolitik um die Macht kämpft.

Die vorgezogene Parlamentswahl in Dänemark am 24. März 2026 kommt nicht überraschend – sie ist ein strategisch kalkulierter Schachzug von Ministerpräsidentin Mette Frederiksen. Nach mageren Ergebnissen bei Europa- und Kommunalwahlen sind die Parteien der von Frederiksen selbst oft als „merkwürdig" titulierten, politisch schwer vermittelbaren großen Koalition – bestehend aus Sozialdemokraten, der liberalen *Venstre* und den zentristisch-konservativen Moderaten – nun in den Wahlkampfmodus gewechselt. Ihre Umfragewerte lagen ohnehin seit Monaten auf Eis. Obwohl es der Wirtschaft gut geht, die Arbeitslosenquote konstant auf Rekordtief ist und eines der größten Probleme auf dem Arbeitsmarkt der Fachkräftemangel ist.

Der politische Tiefpunkt folgte im November 2025: Erstmals seit 87 Jahren übernahm keine sozialdemokratische Politikerin, sondern eine Vertreterin der grün-linken Sozialistischen Volkspartei das Kopenhagener Oberbürgermeisteramt. Vor allem die hohen Lebenshaltungskosten und eine missglückte sozialdemokratische Wohnungspolitik hatten die sozialdemokratische Kernwählerschaft enttäuscht. Innerparteilich hagelte es daraufhin Fragen, wie man wieder „sozialdemokratischer" klingen könnte. Es folgte ein Abwärtstrend. Ende des Jahres lagen die Sozialdemokraten mit 16,5 Prozent auf dem tiefsten Wert seit über einem Jahrzehnt.

Die Wende kam ausgerechnet von außen: Donald Trump drohte erneut mit der Übernahme Grönlands und holte damit wieder das Beste aus Frederiksen heraus. Die trumpschen Drohungen katapultierten die Ministerpräsidentin zu Höchstleistungen und die Sozialdemokraten zu einem Aufstieg in den Umfragen. Von der Pandemie, über die russische Invasion in die Ukraine und Drohnen-Krisen bis zum Grönland-Konflikt mit Trump: In puncto Krisenkompetenz ist die politische Konkurrenz ihr meilenweit unterlegen. Um den Grönland-Effekt zu konservieren, setzt Frederiksen auf eine Vertiefung des sozialdemokratischen Profils, gepaart mit ihren harten Positionen in der

Migrationspolitik. Die pragmatische Premierministerin passt sich damit der neuen Realität der dänischen Politik an, in der die politischen Blöcke sich zunehmend in viele Einzelteile fragmentieren – ähnlich dem dänischen Exportschlager Lego – und alle versuchen, ihre Klientel zu bedienen.

Mette Frederiksen sucht sich die Steine zusammen, die die Sozialdemokratie in einer koalitionsversprechenden Position verankern können, setzt jedoch auch auf eigenes Profil. Vieles deutet darauf hin, dass die meisten Verbindungsstücke dieses Mal links der Mitte angebaut werden könnten. Nach links verlieren die Sozialdemokraten im Vergleich zur letzten Folketingswahl 2022 die meisten Wähler. Früh im Wahlkampf etablierte die Partei deshalb Bildung als wichtiges Thema. Mit dem Vorschlag, die Klassengrößen in der Grundschule von 26 auf 14 Schüler zu senken und dafür rund 700 Millionen Euro zu investieren, konnte sie punkten und besetzte zeitig ihr traditionelles Image als Wohlfahrtspartei.

In der Wählerschaft trifft der strategische Linkskurs einen Nerv, und die Sozialdemokraten nehmen für sich in Anspruch, Verteilungsgerechtigkeit wieder in den Fokus gerückt zu haben.

Die öffentliche Debatte nahm gewaltig an Fahrt auf, als die wirtschaftsfreundliche Frederiksen in ihrer Rede zur Wahlausrufung die Einführung einer Vermögenssteuer forderte – zur Deckung der geplanten Bildungsinvestitionen. Die Steuer von 0,5 Prozent solle auf Vermögensanteile erhoben werden, die 25 Millionen dänische Kronen (etwa 3,35 Millionen Euro) übersteigen. „Die breitesten Schultern müssen mehr tragen“, und Dänemark sei „zu klein für solche Ungleichheit“, beteuerte die Premierministerin im Wahlkampfmodus. Sie bezog sich darauf, dass 25 Prozent des Vermögens in Dänemark in der Hand von einem Prozent der Bevölkerung seien. Wer Wind sät, wird Sturm ernten – das hat bereits der letztjährige Wahlkampf im Nachbarland Norwegen gezeigt, unter anderen Voraussetzungen. Dort hielten allerdings die Sozialdemokraten unter Finanzminister Stoltenberg einer Rekordkampagne für die Abschaffung einer bestehenden Vermögenssteuer stand. Stoltenberg mischte sich deshalb auch unterstützend in den dänischen Wahlkampf ein – und bekräftigte gegenüber der Presse, es sei ein „Mythos“, dass die Vermögenssteuer Norwegen schade. Der

dänische sozialdemokratische Amtskollege bedankte sich.

Wirtschaftsverbände und der blaue rechte Block lehnen den Vorschlag naturgemäß ab und wettern, Frederiksen wolle Dänemark ärmer machen. Auch der Lego-Chef Niels Christiansen zeigte sich wenig begeistert von dem sozialdemokratischen Vorschlag. Die Koalitionspartner schlossen eine erneute Regierungsbeteiligung aus, sollten die Sozialdemokraten nicht von der Forderung abrücken. Mette Frederiksen bieten sich nun jedoch unzählige Möglichkeiten zur Schärfung ihres linken Profils, das durch die große Koalition massiv gelitten hat. In der Wählerschaft trifft dieser strategische Linkskurs offenbar einen Nerv, und die Sozialdemokraten nehmen für sich in Anspruch, Verteilungsgerechtigkeit wieder in den Fokus gerückt zu haben – auch wenn die Kritik an ihrem Willen zur Umsetzung dieses Vorschlags anhält. Es ist schwierig sich vorzustellen, wie solche Forderungen – anders als mit einer linken Koalition – umzusetzen wären.

Nahtlos gingen Frederiksens Sozialdemokraten zum nächsten traditionellen Thema über: die Rentenreform. Ab 2040 solle das Renteneintrittsalter alle fünf Jahre statt um ein Jahr, nur noch um ein halbes Jahr steigen. Langfristig läge das Renteneintrittsalter damit bei 74 statt bisher geplanten 77 Jahren. Auch Arne, der Brauereifacharbeiter, der 2025 seine Frührente antrat, ist wieder omnipräsent. Dieses sozialpolitische Kronjuwel wird weiter behutsam geschliffen. Die Sozialdemokraten planen, das Maximalalter, um in Frührente zu gehen, auf 66 Jahre einzufrieren. Das ist fast identisch mit den Forderungen des dänischen Gewerkschaftsdachverbands, weshalb Frederiksen sich öffentlichkeitswirksam mit dem Vorsitzenden zu einem „echten Arbeiteressen“ traf.

Das Thema Klima spielt an sich keine zentrale Rolle im Wahlkampf, doch rücken in den letzten Tagen menschenzentrierte Umweltthemen als linke Gewinnerthemen in den Vordergrund: Im Fokus steht das durch Nitrate und Pestizide aus der Landwirtschaft stark verschmutzte Grundwasser. Die linken Oppositionsparteien werfen der Regierung Untätigkeit vor und finden damit großen Anklang in der Bevölkerung. Zwar kann den Sozialdemokraten durchaus Untätigkeit vorgeworfen werden – dies jedoch lediglich von links. Vorwürfe von rechts, wie von *Venstre*-Vizepremier Troels Lund Poulsen, wirken hingegen unglaubwürdig. Die Parteien des blauen Blocks, insbesondere *Venstre*, pflegen nämlich enge Beziehungen zur Landwirtschaft. Nun fordern jedoch fast alle Parteien links der Mitte umfassende Pestizidverbote. In diesem Zusammenhang spielt auch die Regulierung der exzessiven und zunehmend in der Kritik stehenden Schweinezucht eine Rolle im

dänischen Wahlkampf.

Die dänischen Sozialdemokraten haben den Ruf, das Thema Migration abgeräumt zu haben.

Die dänischen Sozialdemokraten haben den Ruf, das Thema Migration abgeräumt zu haben. Die Zahlen sind mittlerweile verschwindend gering. Trotzdem kehrte 2025 die lange totgesagte Dänische Volkspartei im Kommunalwahlkampf stark zurück. Sie punktete jedoch weniger mit Migrationspolitik, sondern mit Themen wie Lebenshaltungskosten und der Stärkung des ländlichen Raums. Zu Beginn des nationalen Wahlkampfs polarisierte die Dänische Volkspartei (DF) jedoch mit dem Thema „Remigration“: „Es muss eine Netto-Auswanderung von muslimischen Mitbürgern geben“, forderte der DF-Chef Morten Messerschmidt und warf den Sozialdemokraten vor, zu weich zu sein. Die Sozialdemokraten bleiben tough: Unter dem Titel „Wir wollen die nicht, die Dänemark nicht wollen“ veröffentlichten sie 18 neue Maßnahmen, darunter die Ausweisung krimineller Asylbewerber (bei über einem Jahr Haftstrafe), EU-externe Zentren sowie die Verweigerung von Gesundheitsversorgung bei Gewalt gegen Personal. Sie stellen sich jedoch aktiv gegen den von der DF und anderen geforderten Ausstieg aus dem Europäischen Gerichtshof und gegen die Aufkündigung internationaler Verträge. Auch in der Entwicklungshilfe wolle man nicht kürzen: 0,7 Prozent vom BIP Dänemarks sollen hier weiterhin die Maßgabe sein.

Die letzten Umfragen zeigen: Der Trend favorisiert die Sozialdemokraten, sie bleiben jedoch weit unter dem Wahlergebnis von 2022 (27,5 Prozent). Sie werden wohl die Unterstützung des gesamten linken Blocks benötigen, um eine linke Regierung zu bilden. Eine Neuauflage der großen Koalition ist unbeliebt. Während die liberale *Venstre* strauchelt, befinden sich die Moderaten unter Lars Løkke Rasmussen – die sich als blockdurchbrechende Mitte definieren – aktuell in einer Traumposition. Sie sind gewissermaßen der goldene Stein im Koalitionslego, denn ohne die Moderaten wird es wohl keine Mehrheitsregierung geben können. Dabei bleibt – vor allem nach der aktuellen Erfahrung – die Minderheitsregierung eher die Regel in Dänemark. Bis zum Stichtag konzentriert sich die krisenerprobte Mette

Frederiksen weiter auf ihr Kerngeschäft, gibt alles und versucht, durch ihr linkes Agenda-Setting die Gegner einerseits zur Reaktion zu drängen und andererseits eine Rückkehr in den roten Block zu erleichtern. Bis zur Stimmabgabe am 24. März bleibt es spannend: Wer wird danach im Königreich den Ton angeben – und wo wird Løkke seinen goldenen Legostein platzieren?



Kristina Birke Daniels
Stockholm

Kristina Birke Daniels ist Direktorin des FES-Regionalbüros für die Nordischen Länder in Stockholm. Zuvor war sie für die FES als Leiterin in Kolumbien, Marokko und Indien tätig.